

## Österreich: Weiter Unruhe in der katholischen Kirche

*Die österreichischen Bischöfe haben sich die Forderungen des Kirchenvolks-Begehrens nur in Ansätzen zu eigen gemacht. Gleichzeitig gibt es deutliche Signale aus dem Episkopat, daß man die Probleme wahrnimmt und das Gespräch fortsetzen möchte.*

Die Aufregungen in der katholischen Kirche Österreichs reißen nicht ab. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand die dreitägige Herbsttagung der Österreichischen Bischofskonferenz im Kloster Michaelbeuren bei Salzburg, in deren Verlauf die österreichischen Oberhirten die Konsequenzen des Kirchenvolks-Begehrens berieten, das bekanntlich mehr als eine halbe Million Unterschriften erbrachte (vgl. HK, August 1995, 404f.). Noch knapp vor Beginn dieser Herbsttagung der Bischöfe schockierte der Salzburger Erzbischof *Georg Eder* massiv die Initiatoren des Kirchenvolks-Begehrens, die er beschuldigte, ähnlich wie Martin Luther im Jahr 1517 eine Kirchenspaltung zu initiieren.

### Reservierte Reaktion der Bischofskonferenz

Ein Sturm der Entrüstung erhob sich angesichts dieser Wortmeldung, der nicht nur auf den katholischen Raum beschränkt blieb, sondern auch evangelische Proteststimmen auslöste. So schrieb die neuernannte lutherische Superintendentin für Salzburg und Tirol, *Luise Müller*, in einem Brief an den Salzburger Erzbischof, die Ansicht, daß durch den Thesenanschlag Martin Luthers eine Kirchenspaltung initiiert worden sei, müsse als abwertende Art und Weise des Umgangs mit der evangelischen Kirche aufgefaßt werden. Außerdem entspreche diese Meinung nicht den Ergebnissen der kirchengeschichtlichen Forschung. Auf diese Weise war das Gesprächs-

klima zu Beginn der herbstlichen Bischofskonferenz eisig geworden. Dem Vorsitzenden der Österreichischen Bischofskonferenz, dem Diözesanbischof von Graz-Seckau, *Johann Weber*, gelang es jedoch, zusammen mit einigen anderen Bischöfen, eine einhellig angenommene Erklärung der Bischöfe zu erreichen, in der es wörtlich heißt, hinter der Initiative des Kirchenvolks-Begehrens stünden viele, die auch sonst in der Kirche engagiert sind: „Wir nehmen ihre Sorge ernst, und hoffen, daß es ihnen um die notwendige Erneuerung der Kirche und nicht um eine Trennung von ihr geht.“

Dieser plakative Versuch eines Brückenschlags kontrastiert allerdings mit den *konkreten Ergebnissen der Bischofskonferenz*, in denen von den Forderungen des Kirchenvolks-Begehrens, aber auch von den Vorschlägen der Pastorkommission und der Katholischen Aktion nicht allzu viel übrig geblieben ist. Ausdrücklich wird in der Erklärung das vom Kirchenvolks-Begehren vorgeschlagene Modell einer Kirchenversammlung abgelehnt, weil es „nicht mit der Verfassung der katholischen Kirche in Übereinstimmung gebracht werden kann.“ Bischof *Weber* erläuterte dazu, die Bischöfe hätten die Idee eines umfassenden Gesprächsvorganges damit nicht fallen gelassen. Man denke aber eher an einen *Katholikentag* vor dem anbrechenden neuen Jahrtausend. Die Pastorkommission solle bis zur Frühjahrstagung der Bischöfe Vorschläge für die Gestaltung dieses Katholikentages unterbreiten.

Die am weitesten gehenden Forderungen des Kirchenvolks-Begehrens sahen die Mitbestimmung der Ortskirchen bei Bischofsnennungen, die Aufhebung des Pflichtzölibats, die Einführung des Frauenpriestertums und erweiterte Möglichkeiten für wiederverheiratete Geschiedene vor. Zu diesen Forderungen hatte Erzbischof *Eder* schon anfangs gemahnt, von den Bischöfen nicht das Unmögliche zu verlangen. Die Bischofskonferenz könne diese Forderungen nie erfüllen, wenn sie in der Einheit mit dem sichtbaren Haupt der Kirche bleiben will.

Gerade im Zusammenhang mit der Einführung des Frauenpriestertums herrschte nicht nur in der Bischofskonferenz, sondern auch in weiten Kreisen der österreichischen Katholiken die einhellige Meinung vor, daß dieses Verlangen unrealistisch war. Daher tauchte der Kompromißvorschlag auf, die österreichischen Bischöfe sollten in Rom ersuchen, die Zulassung von weiblichen Diakonen zu erlauben, um auf diese Weise ein positives Zeichen für die Frauen zu geben. Aber auch über weibliche Diakone fand sich in der Erklärung der österreichischen Bischöfe kein Wort. Zusätzlich wurde bekannt, daß nur drei der zehn von den Bischöfen verabschiedeten Punkte die einstimmige Zustimmung des Gremiums erhalten haben.

Die drei Punkte, deren sich alle Diözesen Österreichs anschließen, sehen Gespräche zwischen Bischöfen und Fachleuten über den Auftrag der Kirche in Gesellschaft und Staat im Herbst 1996 in Mariazell, die Unterstützung der Europäischen Ökumenischen Versammlung in Graz im Juni 1997 unter dem Leitwort „Versöhnung“, sowie einen gesamtösterreichischen Katholikentag vor der Jahrtausendwende vor. In den sieben anderen Punkten, die nicht für alle Diözesen verbindlich sind, wird die Aufnahme von Kontakten mit Initiatoren des Kirchenvolks-Begehrens und mit Gruppen, die abseits stehen, sowie die Aufnahme „offener Gespräche“ auf allen kirchlichen Ebenen zugesichert.

Außerdem sollen zunächst in den Diözesen *Frauenkommissionen* errichtet werden, um die Anliegen der Frauen besonders zu unterstreichen. In der Priesterfrage erklären die Bischöfe, daß es keinen österreichischen Sonderweg gibt. Der Wunsch nach Änderung der Zulassungsbedingungen zum Priesteramt drücke jedoch eine tiefe Not aus. Die restlichen Punkte beziehen sich auf die Befragung von Priestern, Ordensleuten und Laien vor einer Nominierung von Bischofskandidaten, auf die Errichtung von Ombuds-Stellen bezüglich des sexuellen Mißbrauchs von Kindern und Jugendlichen im kirchlichen Bereich sowie auf die Herausforderung durch die konkreten Menschen in der heutigen Gesellschaft.

## „Einladung zum Gespräch annehmen“

Als diese Ergebnisse der Bischofskonferenz in einer Pressekonferenz bekanntgegeben wurden, kam es zu heftigen Unmutsäußerungen im Kirchenvolk, die durch aggressive Wortmeldungen in den Medien noch zusätzlich verstärkt wurden. In der bürgerlichen „Presse“ hieß es z. B.: „Schwere Differenzen in der Bischofskonferenz verhinderten klare Antworten auf die Anliegen des Kirchenvolks-Begehrens.“ Der Wiener „Kurier“ titelte: „Empörung über Bischöfe: Kirche droht Aufstand.“ Und die „Salzburger Nachrichten“ schrieben, als kleinster gemeinsamer Nenner sei lediglich eine Selbstverpflichtung aller Bischöfe geblieben, bei einem österreichischen Katholikentag in zwei, drei Jahren mitzutun. Daher laute das Gebot der Stunde: „Du sollst heftig weiterbegehren.“

Der „Standard“ in Wien bezeichnete gar den Kirchenaustritt als „wirksamstes Instrument“. Und der bekannte katholische Publizist *Hubert Feichtlbauer* stellte Vermutungen an, warum es zu dieser Erklärung der Bischöfe gekommen ist und meinte, „auf Druck von Rom“ habe sich die Minderheit der reformunwilligen Bischöfe in der Bischofskonferenz durchsetzen können.

Es dürfe jedoch nicht der Eindruck entstehen, daß man den reformwilligen Bischöfen jetzt die Unterstützung entzieht, warnte Feichtlbauer, und appellierte: „Die Einladung zum Gespräch müsse aufgenommen werden.“

Nach diesen öffentlichen Auseinandersetzungen, die auch in kirchlichen Gremien und Organisationen ihr Echo fanden, kam es zu überraschenden Reaktionen einer ganzen Reihe von Bischöfen. So erklärte der Tiroler Diözesanbischof *Reinhold Stecher*, er werde sich in Rom für das Diakonat der Frau und für die Priesterweihe von „viri probati“ einsetzen. Eine derartige Veränderung sei natürlich eine Angelegenheit der Weltkirche, darum richte er an Rom diese Bitte. Ihm sei es einfach zu wenig, über die Überlastung der Priester immer nur zu klagen.

Der Grazer Diözesanbischof *Johann Weber*, der bereits in der Pressekonferenz nach der Bischofstagung angekündigt hatte, er werde demnächst nach Rom fahren, erklärte, er werde dort „ungeschminkt und konkret“ berichten. Er wisse, daß es in der Kirche starke Auseinandersetzungen gebe und viele Menschen unzufrieden seien. Es habe sich die Überzeugung breit gemacht, daß in der Kirche „etwas nicht stimmt“ und daß sie einer Reform bedürfe.

Auch der Kärntner Diözesanbischof *Egon Kapellari* kündigte in einem Radiointerview an, er werde die vatikanische Glaubenskongregation drängen, daß in der Frage des Diakonats der Frau bald eine Entscheidung getroffen werde. Er sei persönlich dafür, daß Frauen zu Diakoninnen geweiht werden können. Es gebe allerdings auch theologische Argumente gegen den Diakonat der Frau, betonte Kapellari. Die Erklärung der Bischofskonferenz nach ihrer Herbstsession bezeichnete er als Versuch, eine gemeinsame Plattform zu finden. An die Adresse der Initiatoren des Kirchenvolks-Begehrens richtete Kapellari die Mahnung, nicht jeder, der sich einer zweifellos großen Aktion nicht sofort beuge, dürfe gleich zum „Diskriminator“ gestempelt werden.

Die Plattform „Wir sind Kirche“, die

das Kirchenvolks-Begehren veranstaltet hatte, äußerte ihre Enttäuschung über den Ausgang der Bischofskonferenz. Dennoch will die Plattform nicht aufgeben. Sie überlegt vielmehr, ob sie nicht zu einem Sammelbecken für alle Reformkräfte in der Kirche werden soll. Ein Aktionstag in Salzburg unter dem Motto „Senfkorn Hoffnung“ wurde angekündigt, und gleichzeitig eine „Fraueninitiative“ gestartet. Ob man in Eigenregie ein „Kirchenforum“ durchführen wird, soll bei der Vollversammlung der Plattform „Wir sind Kirche“ im Jänner 1996 entschieden werden. Darüber hinaus will man in Anlehnung an die bischöflichen Hirtenbriefe nun selbst unter dem Titel „Herdenbrief“ öffentlich zu brisanten Themen Stellung beziehen. Der erste derartige Brief soll sich mit der *kirchlichen Sexualmoral* befassen.

Während auf diese Weise der innerkirchliche Aufruhr weitere Kreise zog, wurde in mehreren Diözesen versucht, den Unmut durch konkrete Bemühungen um eine Erneuerung der Kirche zu zügeln. Wiens neuer Erzbischof *Christoph Schönborn* erklärte in einem Appell an die Gläubigen: „Vertraut uns. Wir werden die Kirche erneuern. Das geht nicht von heute auf morgen, nicht durch sensationelle Maßnahmen, sondern durch Vertiefung des Glaubens.“ Der Erzbischof unterstrich, daß in die kirchliche Erneuerung alle einbezogen werden müßten, „nicht nur die, die für das Volksbegehren eintreten, sondern auch jene, die anderer Ansicht sind.“ Schönborn räumte ein, daß es in der Österreichischen Bischofskonferenz starke Divergenzen gebe. Aber die habe es schon im Apostelkollegium gegeben.

In der Diözese Linz wurden unter dem Eindruck der Ereignisse umgehend Konsequenzen gezogen. Diözesanbischof *Maximilian Aichern* bezeichnete es bei der Vollversammlung des Pastoralrats seiner Diözese als Selbstverständlichkeit, alle zehn Punkte der Erklärung der Bischofskonferenz Schritt für Schritt zu verwirklichen. Es sei notwendig, bei den Gesprächen in der Diözese die Proponenten des Kirchen-

volks-Begehrens, aber auch das gesamte Panorama der Gläubigen mit-einzubeziehen. Den Wunsch nach Änderung der Zulassungsbedingungen zur Priesterweihe bezeichnete Aichern als Ausdruck großer Sorgen der Gemeinden. In dieser „schmerzlichen Frage“ müsse freilich Verbindung mit Rom gehalten werden.

Auch in der Diözese Graz-Seckau sollen möglichst rasch Maßnahmen zu einer Kirchenreform gesetzt werden. Bischof Weber entwickelte in diesem Zusammenhang vor dem steirischen Diözesanrat ein detailliertes Reformprogramm. Er zeigte Verständnis dafür, daß man sich in der Kirche konkretere Ergebnisse erwartet habe und die Beratungen eine Enttäuschung

verursachten. Dennoch hoffe er, daß sich der Wille zu einer Erneuerung der Kirche in Österreich ausbreite, zumal eine ganze Reihe von Diözesen bereits ihre Bereitschaft signalisiert hätten. Über notwendige Schritte zu beraten und sie in die Tat umzusetzen. Nicht nur in der Diözese Graz-Seckau gebe es bereits „hilfreiche Befragungen“ über mögliche Bischofskandidaten bei Vertretern aller Katholiken; auch pastorale Richtlinien bezüglich der wiederverheirateten Geschiedenen seien erarbeitet worden. Überdies wurden in mehreren österreichischen Diözesen Frauen in sehr verantwortliche Positionen, wie z. B. als Leiterin des Schulamtes oder der Finanzkammer, berufen. F. C.

bereitungsausschuß unter Leitung von *Reinhard Frieling*, Leiter des Konfessionskundlichen Instituts des Evangelischen Bundes in Bensheim. Frieling hatte 1990 die Idee einer „Europäischen Evangelischen Synode“ lanciert und dann die Budapester Versammlung mit vorbereitet. Jetzt appellierte er an die Synode, es genüge nicht, Nation und Konfession als „gute Gabe Gottes“ anzunehmen: „Wir müssen über die Kirchturmspitze und über das Nationalbewußtsein hinaus denken, leben und wirken.“ Europa sei viel zu wichtig, als daß man es allein der Wirtschaft und der Politik überlassen könne.

Der Vorbereitungsausschuß hatte eine umfangreiche Vorlage erarbeitet, die eine Vision der versöhnten Völker und Kulturen in Europa entwirft und sich vor diesem Hintergrund mit der sozialen Gerechtigkeit und den Wegen zum Frieden in Europa beschäftigt. Das Papier betont, weil Versöhnung, Freiheit und Gerechtigkeit zum Wesen der christlichen Botschaft gehörten, hätten die Christen und die Kirchen nicht nur das Recht, sondern von ihrem Selbstverständnis her die Pflicht, „ihren Beitrag dazu in den Bereichen von Ethik, Kultur, Bildung, Politik und Wirtschaft in den europäischen Dialog einzubringen“. Die wichtigste Aufgabe der Christen und Kirchen bestehe darin, bei ihrer ureigenen Sache zu bleiben, der Verkündigung des Evangeliums in Wort und Tat für alle Menschen.

Von den theologisch-sozialethischen Grundlagen des christlichen bzw. protestantischen Engagements für Europa ist in der zum Abschluß der Synodaltagung verabschiedeten „Kundgebung“ zum Schwerpunktthema aber nur sehr knapp die Rede: So erinnert die Synode an den Anteil, „den die Wiederentdeckung des Evangeliums von der Gnade Gottes in der Reformation am Werden Europas hat“. Der Text befaßt sich auch nicht ausdrücklich mit der Weiterentwicklung der Europäischen Union oder der Diskussion um ihre künftige staatliche Qualität im Verhältnis zu ihren Mitgliedsstaaten. Das Augenmerk gilt vorrangig dem

## EKD: Europa und das Heilige

*Bei ihrer diesjährigen Tagung vom 5. bis 10. November beriet die Synode der EKD über die Verantwortung der Christen für Europa. Mehr soziale Gerechtigkeit und verstärkte Zusammenarbeit der Kirchen waren dabei die Hauptanliegen.*

Um die protestantische Orientierung in der modernen Welt ging es unter dem Motto „Leben im Angebot“ bei der Tagung der EKD-Synode vor zwei Jahren in Osnabrück (vgl. HK, Dezember 1993, 602 ff.). Als sich die Synodalen aus den 24 Gliedkirchen der EKD jetzt Anfang November in Friedrichshafen zu ihrer diesjährigen Tagung trafen, stand als Schwerpunktthema „Europa fordert die Christen“ auf der Tagesordnung. In beiden Fällen ging bzw. geht es um wunde Punkte für die deutschen Protestanten: Das Profil der evangelischen Kirche in der Öffentlichkeit ist ausgesprochen unscharf; sie tut sich selber mit der Frage schwer, wie denn der spezifische und unverzichtbare protestantische Beitrag für die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens und in der religiös-weltanschaulichen Landschaft aussieht.

In Europa bilden die in der EKD zusammengeschlossenen lutherischen, unierten und reformierten Landes-

kirchen mit ihren insgesamt 28 Mio Mitgliedern die mit weitem Abstand größte protestantische Kirche. Aber sowohl im EU-Europa wie gesamt-europäisch sind die Protestanten eine *Minderheit*, die sich mit der Dimension Europa aufgrund ihrer landes- bzw. nationalkirchlichen Struktur traditionell schwerer tut als die katholische Kirche. In den letzten Jahren ist – unter maßgeblicher Beteiligung von deutscher Seite – einiges versucht worden, um diesem Defizit gegenzusteuern. Zeichen dafür war vor allem die 1992 in Budapest abgehaltene „Europäische Evangelische Versammlung“ (vgl. HK, Mai 1992, 226 ff.).

---

### Soziale Gerechtigkeit und kirchliche Zusammenarbeit

---

Federführend für das Schwerpunktthema „Europa“ bei der Synodaltagung in Friedrichshafen war ein Vor-